



# Evangelische Verantwortung

April 1987

## Sanktionen gegen Südafrika — Das Ende des Reformprozesses?

Achim Remde

In Südafrika haben Sanktionen zu einem Stop aller Reformen geführt. Präsident Botha fürchtet, bei der Wahl im Mai das rechte Spektrum der Wählerschaft zu verlieren.



Abb.: vgl. Buchbesprechung S. 15

Wenn G. H. van der Merwe vom „Volk“ spricht, scheint in seinem Wesen eine Veränderung vorzugehen. Der große massige Mann mit schütterem Haar und sorgfältig gestutztem Menjou-Bärtchen, der auf jovial-polternde Art in hartem gutturalem Englisch einen Witz nach dem anderen — und darunter auch makabre — erzählt, wird ernst. Für „Volk“ verwirft er jeden englischen Begriff. „Es gibt für mich nichts Schöneres, als unter meinem Volk zu weilen, mit seinen Gebräuchen, seinen Liedern, seiner Sprache. Ich liebe seine Fahne und seine Lieder, und mein ganzes Streben geht dahin, seine Kultur und Sprache zu bewahren. Nie werde ich es ertragen, von einem anderen Volk regiert zu werden“. Die Konservative Partei Südafrikas, die van der Merwe im Parlament vertritt, versucht, vom alten Apartheid-System zu bewahren, was noch zu bewahren ist. „Botha hat Brücken verbrannt, die nicht wieder errichtet werden können“, sagt van der Merwe und wird dabei aggressiv. „Bei den nächsten Wahlen wird er die Quitung dafür erhalten. Wir werden siegen, daran besteht kein Zweifel!“

Zweifellos werden sie nicht siegen. Doch es besteht auch kein Zweifel, daß Südafrikas Weiße — vor allem das vor drei Jahrhunderten aus Holland eingewanderte Volk der „Afrikaaner“ — vom rechten Spektrum der regierenden Nationalpartei abbröckeln und weiter nach rechts abdriften. Wagenburgen gleich stehen rechts von Bothas Nationalpartei die Konservative Partei des Andries Treurnicht und die „Afrikaanische Widerstandsbewegung“ des „Schwarzenfressers“ Eugene Terreblanche.

Das ist Präsident Bothas größte Sorge. Denn traditionell hat seine Nationalpartei den Anspruch, politische Heimstatt für alle „Afrikaaner“ zu sein. „Bis zu den Wahlen herrscht erst einmal absoluter Stop für alle Re-

formen", meinten politische Beobachter in Pretoria übereinstimmend. Obwohl der Rechten allenfalls 20 Prozent der weißen Stimmen eingeräumt werden, tut Botha alles, um den Eindruck des „Ausverkäufers“ — „sell out“ — zu vermeiden.

Erstes Opfer des Reformstops wurde der „Group Areas Act“, dessen Aufhebung logische Folge des bisher bereits erfolgten Abbaus der Apartheid-Gesetzgebung wäre. Für gemischtrassige Ehepaare, die seit der Aufhebung des „Mixed Marriages Act“ heiraten durften, ist im „Group Areas Act“, der getrennte Wohn- und Lebensgebiete für Weiße, Farbige und Schwarze vorsieht, kein Platz. Sie müßten sich entweder trennen oder sich in der Wohngegend der „niedrigeren“ Rasse ansiedeln.



Johannesburg:  
das südafrikanische Manhattan

---

### Reformen kosten Geld

---

Die Erstarkung der Konservativen ist vor allem auf den Druck des Auslands zurückzuführen, mit dem die Regierung zur Beschleunigung bei der Beseitigung der Apartheid-Gesetzgebung und zur Beteiligung der schwarzen Mehrheit an der Ausübung der Macht gezwungen werden soll. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß just zu dem Zeitpunkt, da der Reformprozeß einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, die westliche Welt, al-

len voran die USA, zu Wirtschaftssanktionen und Disinvestment griffen. Unter Südafrikas Weißen findet sich niemand, der für die Wirtschaftssanktionen der USA Verständnis hat. Die große Mehrheit der Schwarzen schweigt dazu und selbst diejenigen, die sie als Sprecher der schwarzen Mehrheit vehement gefordert hatten, scheinen die Argumente ausgegangen zu sein. Bischof Tutu, der in ihrer vordersten Front stand, sagt seit geraumer Zeit zu diesem Thema nichts mehr, und Dr. Motlana, prominenter Politiker aus Soweto, der mehr oder weniger offen den ANC unterstützt, kann sich nur darauf berufen, daß die Führer der schwarzen Gewerkschaften hinter den Forderungen stehen.

Doch die Arbeiter bei General Motors in Port Elizabeth sind in Proteststreik getreten, nachdem die Amerikaner sich aus dem Unternehmen zurückgezogen und südafrikanische Kapitalgeber übernommen haben. Kein Wunder! Denn die neuen Inhaber sehen sich nicht an die Diskriminierungsverbote gebunden, die Amerikaner und Europäer freiwillig eingegangen sind. Botha wiederum zieht aus den Wirtschaftssanktionen Argumente für seinen Reformstop. „Reformen kosten Geld. Das größte Problem ist Erziehung, die mit allen Mitteln vorangetrieben werden müßte, um eine echte politische Emanzipation der schwarzen Mehrheit zu erreichen“. Wer würde ihm da widersprechen? Aber: „Die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die südafrikanische Volkswirtschaft berauben uns der finanziellen Mittel für den Ausbau des Erziehungswesens“, heißt es jetzt von Regierungsseite. Obwohl Sanktionen und Disinvestment in ihren Auswirkungen noch nicht spürbar sind — kurzfristig könnte der Effekt für die Volkswirtschaft sogar positiv sein — und viele in einer Art von Trotzreaktion Belastungen dadurch rundweg in Abrede stellen, besteht kein Zweifel, daß das internationale Vertrauen in die südafrikanische Wirtschaft Schaden genommen hat und dies langfristig auch wirtschaftlich negative Folgen haben wird.

---

### Schwarzer Mittelstand bedroht

---

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, die unter der schwarzen Bevölkerung erschreckend hoch ist, nimmt vernichtende Ausmaße an. Der schwarze Mittelstand, der in Soweto schmucke Einfamilienhäuser bewohnt — sogar ein Villenviertel, im Volksmund „Beverley Hills“ genannt, ist zu sehen —, muß nicht nur seinen Wohlstand, sondern seine Existenz gefährdet sehen. Radikale Schwarze, „die Genossen“, „comrades“, die „Recht- und Gesetzlosen“, geben den Ton an. Sie haben auf Konfrontation gesetzt, „das Land unregierbar machen und dann die Macht übernehmen“, lautet ihr Motto.

Wie groß ihre Anhängerschaft ist, weiß niemand. Denn wer anderer Ansicht ist und ihnen zu widersprechen wagt, wird „gehalsbandet“. Der Ausnahmezustand hat zwar die Zahl der gewalttätigen Ausschreitungen beträchtlich eingedämmt, doch trotz strenger Sicherheitsmaßnahmen wird immer wieder „necklacing“ praktiziert, ein Autoreifen über die Schulter des Opfers gezogen und angesteckt. Winnie Mandela, die beson-

ders im Ausland zur Nationalheiligen der südafrikanischen Schwarzen hochstilisierte Ehefrau des inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela, hat für diese barbarische Praxis öffentlich Verständnis geäußert.

Ohnehin ist nicht mehr ersichtlich, ob und inwieweit Gewalt und Terror der „comrades“ noch kontrollierbar sind. Es hat den Anschein, daß die politischen Führer, denen sie ins Kalkül passen, längst die Kontrolle verloren haben. Schulkinder, beschäftigungslos auf der Straße, nachdem rigoros auf der Einhaltung eines Schulstreiks bestanden wurde, werfen Molotow-Cocktails und werden dafür inhaftiert. Gewalt erzeugt Gegengewalt und es ist nicht mehr wichtig, wer damit angefangen hat.

---

### Apartheid ist tot

---

Dabei steht bei der überwiegenden Mehrheit der weißen Südafrikaner die Aufrechterhaltung des Apartheid-Systems nicht mehr zur Diskussion. Die „Nederduitse Gereformeerde Kerk“ (NGK), die Kirche der Afrikaaner, der 70 Prozent der Regierungsmitglieder angehören — sie hatte jahrzehntelang das theologische Rüstzeug der Apartheid geliefert —, bekennt „mit Demut und Trauer“, daß sie damit gesündigt hat und drängt ihre Mitglieder, „statt Mauern Brücken zu bauen“. „Die Apartheid ist tot“, sagt Professor Esterhuyze von der Universität Stellenbosch, die einst führend am ideologischen Ausbau des Systems beteiligt war. Viele weiße Südafrikaner englischer Abstammung scheinen sogar überhaupt kein Problem mit einer sofortigen unumschränkten Einführung des Wahlrechts für die schwarze Mehrheit zu haben („one man, one vote“). Doch es ist mehrheitlich wiederum das Volk der Afrikaaner, das dem vehement entgegnet und wenigstens durch ein bundesstaatliches System sein politisches Mitspracherecht gewährleistet sehen will.

„Beteiligung an der Macht“ — man wäre bereit, es der schwarzen Mehrheit zu konzedieren. Aber geht es der nur noch um Machtübernahme? Und bedeutet Machtübergabe an die schwarze Mehrheit Machtübergabe an den ANC, der nicht ohne Grund in Verdacht steht, kommunistisch inspiriert oder gar dirigiert zu sein? Der Dialog ist ohnehin abgebrochen, und es er-

---

## Aus dem Inhalt

<b>Sanktionen gegen Südafrika — Das Ende des Reformprozesses?</b>	<b>1</b>
<b>Kirche unter den Soldaten Interview mit Militärbischof Binder</b>	<b>4</b>
<b>Nachlese</b>	<b>6</b>
<b>Die Zwei-Reiche-Lehre — nur ein traditionelles Denkmodell?</b>	<b>8</b>
<b>Neuer sozialer Lastenausgleich</b>	<b>10</b>
<b>Kurz notiert</b>	<b>11</b>
<b>Aus unserer Arbeit</b>	<b>12</b>
<b>Buchbesprechung</b>	<b>15</b>
<b>Termin</b>	<b>15</b>

scheint gegenwärtig unmöglich, die maßgeblichen politischen Kräfte an einen Verhandlungstisch zu bringen.

In der Provinz Natal haben Vertreter aller Volksgruppen in monatelangen Diskussionen das Modell einer gemischtrassigen Volksvertretung ausgearbeitet, das allgemeines Wahlrecht vorsieht und den Führer der stärksten Volksgruppe, der Zulus, Chief Gatsha Buthelezi zum Ministerpräsidenten der Regionalregierung machen würde. Ein allgemeiner Grundrechtskatalog ist für die Weißen die einzige Garantie. Die regierende Nationalpartei verweigert die Zustimmung, weil sie ein spezielles Minderheitsrecht garantiert haben will.



Einkaufen in Durban

---

### Es ist schon spät

---

Vom 20. Stockwerk des Carlton-Hochhauses gleitet der Blick über das Zentrum von Johannesburg, eine Wolkenkratzer-Landschaft, die nur mit Manhattan vergleichbar ist. Hier pulsiert das wirtschaftliche Herz des Landes, des einzigen Afrikas, das der Ersten Welt angehört und den Sprung in den Kreis der westlichen Industrienationen geschafft hat. In Kapstadt erstrecken sich rechts und links der „Government Avenue“ in langen Reihen jahrhundertedalte historische Gebäude, die sorgsam gepflegt und restauriert, die alte europäische Kultur des Afrikaaner-Volkes repräsentieren. Kaum zwanzig Jahre ist es her, daß Premier Verwoerd, Erfinder des Apartheid-Systems zu Vertretern der indischen Volksgruppe sagte: „Ihr könnt alles verlangen, doch dort werdet Ihr niemals Einzug halten!“ Schon längst sitzen inzwischen Inder und Farbige hier im Gebäude der Dritten Kammer.

Ist die Furcht der weißen Südafrikaner vor einer schwarzen Regierung unbegründet? Sozialismus im eigentlichen Sinne scheint nicht einmal die große Gefahr, denn er hat keineswegs in Afrika einen Siegeszug angetreten. Doch unverkennbar ist der fatale Hang schwarzer Regierungen — im Bestreben, einen Umverteilungsprozeß einzuleiten — dem vorhandenen Wohlstand den Garaus zu machen und das gesunde Spiel freier wirtschaftlicher Kräfte durch Verstaatlichungen zu unterdrücken. Die westliche Mehrparteiendemokratie funktioniert in Afrika nirgendwo. Würde

deshalb nicht das allgemeine Wahlrecht auch in Südafrika zur Einheitspartei führen? Die Afrikaner sind davon überzeugt und sehen sich mit dem Rücken zur Wand stehen. „Sollte es jemals zu einer existenzbedrohenden gewalttätigen Konfrontation kommen — was Gott verhüten möge —, wo würden wir sie gewinnen. Auf jeden Schwarzen kommen zehn Kugeln aus unseren Gewehren. Wir würden nicht kampflos unsere Existenz aufgeben und notfalls auch die Atombombe einsetzen. Nur eine Intervention des Auslandes könnte uns besiegen“: so ein Abgeordneter der liberalen PFP.

In den Zentren der südafrikanischen Großstädte kann man sich tagelang bewegen, ohne zu merken, daß man in Afrika ist. Wie Fremde sieht man von Ferne schwarze Frauen und Männer, meist schwer bepackt, durch die Straßen ziehen und den heimatischen

„Townships“ zu streben. Fast wie eine Erlösung wirkt es, als auf dem „Green-Market-Square“ in Kapstadt eine schwarze Musik-Band afrikanische Musik intoniert und ein paar zerlumpte, herumstehende Schwarze zu tanzen anfangen. Einer von ihnen geht auf einen weißen Zuschauer zu und packt ihn am Arm. Der weicht entsetzt zurück. „Warten Sie — ich bin glücklich, ich wollte mit Ihnen tanzen“, ruft der Schwarze. In Südafrika ist es schon spät am Tage, aber noch lange nicht fünf Minuten vor Zwölf.

**Anmerkung:** Der Autor dieses Beitrages, Dr. Achim Remde, ist der Chefredakteur der Monatsschrift „Afrika-Post“, herausgegeben von der Deutschen Afrikastiftung, Rheinweg 121, 5300 Bonn.

## 30 Jahre Militärseelsorgevertrag in der Bundesrepublik Deutschland

### Kirche unter den Soldaten

#### Ein Gespräch mit Militärbischof Heinz-Georg Binder

„Domini Sumus“ — unter diesem lateinischen Wahlspruch — zu deutsch: „Wir sind des Herrn“ — steht die Evangelische Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Gottesdienst und einem Festakt wurde am 24. Februar in Bonn des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EKD zur Regelung der Evangelischen Militärseelsorge gedacht. Der Vertrag wurde damals von Bundeskanzler Konrad Adenauer, Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und dem Ratsvorsitzenden der EKD, Otto Dibelius, sowie dem Präsidenten der EKD-Kirchenkanzlei, Heinz Brunotte, unterzeichnet. Die Verantwortung für die Militärseelsorge liegt danach allein bei den Kirchen. Die Militärseelsorge lädt zu Standortgottesdiensten ein, kümmert sich um die Sorgen des einzelnen, betreut die Familien, führt Rüstzeiten durch, gestaltet den Lebenskundlichen Unterricht der Wehrpflichtigen und bietet Offizieren Gesprächskreise an. An der Spitze der Militärseelsorge stehen der nebenamtliche Militärbischof (1957 bis 1972 Hermann Kunst, 1972 bis 1985 Sigo Lehming und seit Oktober 1985 Heinz-Georg Binder) und der hauptamtliche Militärgeneraldekan (seit 1973 Reinhard Gramm), der das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn leitet. Mit Bischof Binder sprach Helmut Matthies.

**idea:** Die Existenz der Bundeswehr ist laut Umfragen in weiten Tei-

len der Bevölkerung unumstritten. Wie ist das mit der Militärseelsorge in der Bundesrepublik, die jetzt ihr 30jähriges Jubiläum begeht? Ist der Fall Nordelbien eine Ausnahme, wo sich eine ganze Synode im September 1986 mit dem Militärseelsorgevertrag beschäftigte? Inwieweit ist die vom Staat geförderte Militärseelsorge auch in der Kirche akzeptiert?

**Binder:** Bei den Kirchenleitungen ist die Militärseelsorge sicher akzeptiert. Sie sehen sie als ihren Dienst an. Es gibt hier und dort kritische Diskussionen, ob nicht eine andere organisatorische Struktur besser wäre. Meistens beruhen sie auf fehlenden Informationen über die Wirklichkeit der Militärseelsorge. Oft unterstellt



Militärbischof Heinz Georg Binder besucht Soldaten auf einem Truppenübungsplatz.  
Photo: RPS

man ihr, sie mache sich zum Anwalt der Sicherheitspolitik des Staates. Wenn man die Militärseelsorge genauer kennt, sieht man, daß sie sich selber keinerlei politischen Auftrag zumißt, sondern einfach „Kirche unter den Soldaten“ ist. Auch die Nordelbische Synode hat ja im wesentlichen die Strukturen der Militärseelsorge bestätigt. Sie hat damit eine exemplarische Entscheidung vollzogen, die andere Synoden übernehmen könnten.

### **Sie sind jetzt mehr als ein Jahr im Amt. Wie lautet Ihre vorläufige Bilanz?**

Ich wurde in der Bundeswehr mit außerordentlicher Freundlichkeit aufgenommen. Im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, zu denen ich zuweilen eingeladen werde, gehen die Soldaten mit mir als dem Vertreter der Kirche behutsamer, freundlicher, höflicher und gesprächsbereiter um. Dahinter steckt natürlich auch ein Interesse: Man wünscht sich den Militärbischof wie auch den Militärpfarrer als Anwalt der Christen, die Soldaten geworden sind, in der Kirche.

### **Wo sehen Sie die Hauptprobleme für die Militärseelsorge in der Truppe?**

Ein großes Problem ist die Frage: Wie lassen sich die friedensethische Diskussion in der Kirche und das Gespräch der Soldaten über ihren Auftrag miteinander ins Gespräch bringen? Es gibt hier leider eine gewisse Sprachlosigkeit.

### **Soldaten „heimatlos“?**

#### **Wie ließe sie sich überwinden?**

Beide Seiten sollten sich nicht nur im eigenen Kreis gegenseitig bestätigen, sondern zu einem Informationsaustausch kommen und über die eigenen wie die anderen Ansichten diskutieren. Dann geht es um tiefergreifende pastorale Fragen: Männer, die sich als Christen nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben, Soldat zu werden, treffen heute auf Gemeinden, in denen sie sich nicht mehr zu Hause fühlen, weil sie das Gefühl haben: Wir werden von dieser Gemeinde ausgegrenzt. Die Gemeinde oder vielleicht auch nur einzelne Amtsträger können mit

### **Generalinspekteur wünscht klares Wort der Kirche zu Soldaten**

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral **Dieter Wellershoff**, wünscht sich von der Führung der evangelischen Kirche „klare Worte“ zum Dienst der Soldaten. Die Kirchenoberen forderte er im Deutschlandfunk zu „etwas mehr Zurückhaltung beim Verteilen von politischen Kochrezepten und etwas mehr Stärkung in der grundsätzlich-moralischen Einstellung der Christen in der Kirche“ auf. Es gehe darum, auf allen Ebenen zu erkennen, daß die Wege der Friedenssicherung in ihrer Ausformung letztlich politische Folgen seien, die auf der Basis von Sachverhalten entschieden werden müßten, sagte Wellershoff. Zugleich übte er herbe Kritik an Gruppierungen in beiden Kirchen, die den Dienst der Soldaten als „unchristlich oder unmoralisch“ hinstellten und dazu aufforderten, ihn zu verweigern. Der Generalinspekteur erklärte: „Christus oder die Bibel haben keine politischen Handlungsanweisungen gegeben und auch der Soldat steht im Dienste von Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit in einem moralischen nicht zu verwerfenden Dienst, wenn er seinen Dienst richtig versteht und richtig wahrnimmt“.

Christen in Uniform nichts mehr anfangen. Der Militärpfarrer sollte hier klärende Worte sagen und Verletzungen heilen.

### **Hat es zugenommen, daß Soldaten sich in den Gemeinden nicht mehr wohlfühlen?**

Ich kann das noch nicht beurteilen. Das Problem wird bei jedem Besuch, den ich in der Bundeswehr mache an mich herangetragen. Allerdings sagen die Soldaten oft: Wir haben dieses oder jenes gehört, oder das hat in der Zeitung gestanden über unfreundliche Akte kirchlicher Amtsträger Soldaten gegenüber. Aber hier am Standort haben wir ein gutes Verhältnis zur örtlichen Kirchengemeinde und zu den Pfarrern. Was an Problemen geschildert wird, ist also nicht überall auch tatsächlich vorhanden.

### **Im Gespräch: Trauung in Uniform**

### **Welche Rolle hat es in der Bundeswehr gespielt, daß Pastoren in den letzten Jahren mitunter Trauungen von Soldaten in Uniform verweigerten?**

Das hat eine große Rolle gespielt. Die Ergebnisse selber waren eher unbedeutend. Aber ihr symbolhafter

Charakter ist von den Soldaten selber empfunden worden. Überall, wo ich bei der Bundeswehr auftauchte, wurde darüber gesprochen.

### **Wie haben Sie darauf reagiert?**

Ich habe versucht, die Verletzung des Soldaten aufzuarbeiten. Der Soldat darf nicht den Eindruck behalten, er sei symbolisch exkommuniziert worden.

### **Hat es eigentlich Gespräche mit den betroffenen Pfarrern gegeben?**

Das weiß ich nicht. Zuständig für diese Gespräche sind zunächst die Landeskirchen. Einzelne Kirchenleitungen haben Stellung genommen. So verwies die rheinische Kirchenleitung darauf, daß der Pfarrer verpflichtet ist, einen Soldaten in Uniform zu trauen. Diese Klärung der Rechtslage ist sicher gut. Wichtiger noch ist mir die Frage: Wie fängt die Kirche den Soldaten auf, dem so etwas widerfährt? Wie gibt sie ihm das Gefühl: Ich gehöre dazu?

### **Läuft die Friedensbewegung aus?**

### **Wie erklären Sie sich, daß die Friedensbewegung stark in den Hintergrund getreten ist? Welche Wirkung hat das in der Militärseelsorge?**

Ich weiß nicht ob die Friedensbewegung stärker zurückgegangen ist. Beim gegenwärtigen Stand der Rüstung kann ich verstehen, daß Menschen beunruhigt sind, wie es mit der Sicherheitspolitik weitergehen soll, ob wir nicht bedroht sind durch ein ständiges Weiterdrehen der Rüstungsspirale. Die Militärseelsorge stand und steht der Friedensbewegung, die ja auch viele verschiedene Gruppen enthält, nicht als Block gegenüber, sondern sie versucht, das Gespräch zwischen Gruppen der Friedensbewegung und den Soldaten, die ein eigenes Selbstverständnis haben, zu vermitteln. Über die bisherige Entwicklung der Friedensbewegung kann man nur Mutmaßungen anstellen. Ich vermute, daß sich in unserer Gesellschaft große Themen im Rang ablösen und deshalb heute andere Sorgen im Vordergrund stehen als in den Vorjahren. Das heißt aber nicht, daß die Sorgen der unmittelbaren Vergangenheit abgetan sind.

Vor Jahren wurde der spektakuläre Fall gemeldet, daß angeblich etwa zehn Generäle aus Protest über den Weg der Kirche ihre Mitgliedschaft aufkündigten. Hat sich das Klima Kirche — Bundeswehr an der Führungsspitze inzwischen gebessert?

Ich war damals noch nicht Militärbi-schof. Sicher spiegelt die Bundeswehr die Gesellschaft und damit auch die allgemeine Einstellung zur Kirche wieder. Es finden sich Entfremdung und Gleichgültigkeit, aber auch Erwartungen. Deshalb gibt es natürlich in der Bundeswehr auch demonstrative Kirchenaustritte. Ich habe aber immer schon den Eindruck gewonnen, daß die Kirchen-

austrittsquote in der Bundeswehr nicht größer ist als in der übrigen Gesellschaft. Sie ist eher geringer.

### Ein Erfolg der Militärseelsorge?

**Das wäre schön. Aber wir sind nicht so vermessen es zu behaupten.**

Keine Berufsgruppe wird in der Kirche so angegriffen wie die Soldaten. So hat in diesen Tagen der letztjährige Aufruf von 17 nordelbischen Pastoren an junge Wehrpflichtige, den Wehrdienst zu verweigern, Unterstützung von einem Sprecher der nicht unmaßgeblichen Gruppe Nordelbisches Forum Kirche erhalten.

Das ist richtig. Viele Soldaten sagten mir: Wir wären schon ganz anders ir-ge worden an unserer Kirche, wenn wir unseren Militärpfarrer nicht gehabt hätten, der uns manches erklärt hat und der zu uns stand. Ich habe den Eindruck, daß es bei den Soldaten viele nachdenkliche, ernsthafte Mitglieder unserer Gesellschaft gibt. Vielleicht ist es auch geschichtlich bedingt, daß mancher bewußte Christ sich entschieden hat, auf die Art des Soldaten dem Frieden dienen zu wollen. Ich treffe bis in die Bundeswehrführung hinein immer wieder auf sehr bewußte, in der Kirche engagierte Christen.

Quelle: idea-spektrum, 2/87

---

## Nachlese

Hans H. Schneider

---

Wahlaussagen Prominenter soll man nach dem Wahltag noch einmal kritisch lesen. Ihr Wahrheitsgehalt tritt dann deutlicher hervor — oder das Gegenteil. Es stehen ja immer wieder neue Wahltag bevor! Prof. Wolfgang Huber ist in der Evangelischen Kirche sehr prominent; seine Wahlanzeige im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt fiel auf und fand starke Bedeutung. Präses Ernst Wilm ist zwar im Ruhestand, aber für viele noch immer eine hohe kirchliche Autorität, auch sein Wort an gleicher Stelle hatte Gewicht. Sie empfahlen, die SPD zu wählen.

Prof. Huber wandte sich „gegen die Sorglosigkeit, mit der der jetzige Bundeskanzler die Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit, die Solidarität in der Politik verkümmern läßt“.

Hat Helmut Kohl so etwas öffentlich gesagt? Hat Prof. Huber mit ihm gesprochen? Worauf stützt sich die Unterstellung solcher Motive? Es ist ein Vorurteil im Kopf des Professors, er redet hier als Theologe 'falsch Zeugnis wider seinen Nächsten'; es ist eine bloße Diffamierung der Motive des politischen Gegners. Präses Wilm behauptet, der Kanzler habe mit dem Wort von der geistigen Wende „den Widerspruch von Reden und Tun zum Gesetz des

Staatshandelns“ gemacht. Abgesehen davon, daß das wohl kaum durch einen einzelnen Politiker bewirkt werden könnte, ist diese Formulierung ebenfalls nur eine Unterstellung, eine höchst subjektive und willkürliche Auslegung einer angenommenen Aussage Kohls, aber voller Ressentiments. Übrigens: Haben die Herren hier nach der Bergpredigt gehandelt?

Wo bleiben Brüderlichkeit und Solidarität gegenüber Helmut Kohl? Prof. Huber protestierte „gegen die Weigerung der jetzigen Regierung, sich den ethischen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen“.

Welche ethische Herausforderung meinte er? Aids, § 218 oder die Atombombe — man kann es nur vermuten, und daher auch nur unterstellen, daß die Regierung sich weigert habe. Huber formulierte „statt der Verantwortung vor der Zukunft regieren Sachzwänge“; aber kann eine Regierung der Verantwortung für die Zukunft gerecht werden, wenn sie Sachzwänge ignoriert oder in Abrede stelle? Das kann wohl nur der unpolitische Moralist, den die 'Sachzwänge' beim Entwurf einer besseren Welt nur stören.

Präses Wilm erhebt den Vorwurf der „politischen Begünstigung einer Kulturrevolution von rechts“ und beschwört schmerzvolle Erfahrung der Vergangenheit. Will er die CDU/CSU unter Faschismus-Verdacht stellen? Er verweist auf Bitburg und das geplante 'Haus der Geschichte'. Wenn die breite öffentliche Diskussion über beides den Verdacht auf eine 'Kulturrevolution von rechts' stützen soll, wie will er sie unterbinden?

Übrigens: Es gab die Sachzwänge und die Auseinandersetzungen über unsere Geschichte auch unter früheren Regierungen — warum haben die Herren ihre Vorwürfe nicht schon früher erhoben?

Prof. Huber wandte sich „gegen die Fahrlässigkeit, mit welcher der Bundeskanzler die Möglichkeiten für eine weiterführende Friedenspolitik verpaßt“.

Wenn etwas 'verpaßt' wurde, müßte es solche Möglichkeiten in der jüngsten Vergangenheit gegeben haben — und niemand hat etwas gesagt? Sollte Genscher da etwas übersehen oder verschwiegen haben? Heute, da sich solche Möglichkeiten zu eröffnen scheinen, indem

die Sowjetunion sich bereit erklärt, auf westliche Vorschläge einzugehen, liest sich die Fahrlässigkeitstheorie wie schwarzer Humor. Huber meint aber, daß das „verbissene Starren“ auf militärische Großprojekte wie SDI es unmöglich mache, „endlich den Weg zu typisch defensiven Verteidigungsformen beschreiten zu können“. Abgesehen davon, daß er sich jetzt durch die Sowjetunion widerlegt sehen muß, ergäbe sich aus dem SDI-Programm im Falle seiner Realisierung ja gerade eine neue, „typisch defensive Verteidigungsform“. Soll man Prof. Huber Unkenntnis zugute halten — oder starrte er zu verbissen auf das Kürzel SDI, so daß er dessen Bedeutung übersah? Präses Wilm verweist auf die Bemühungen der westfälischen Kirche für Versöhnung und Freundschaft mit den Völkern Osteuropas und der Sowjetunion, als hätten Bundesregierung oder CDU/CSU etwas dagegen.

Er meint aber vielmehr, daß mit der „Beschwörung von Antikommunismus“ gegenüber den nur „vermeintlich atheistischen Gesellschaftssystemen in Osteuropa“ nicht christlich geredet und gehandelt werde. Ist es christlich geboten, das nicht zu sagen oder gar, das Gegenteil zu behaupten? Die Regime legen selbst größeren Wert darauf, ihren atheistischen Charakter respektiert zu sehen.

Übrigens: Die NATO hat sich nie durch die Völker des Warschauer Paktes bedroht gesehen. Sie ist eine typisch defensive Verteidigungsform, denn sie ist strukturell unfähig und ungeeignet, einen Krieg zu beenden.

Prof. Huber beklagt „die Beschwörung von Vorurteilen, mit deren Hilfe Ausländer und Asylsuchende zu Opfern von Stimmungsmache und kalter Abweisung werden“. Präses Wilm spricht von einer „Verweigerung von Brüderlichkeit“.

Was immer man von der Ausländer- und Asylpolitik halten mag, die Begleitmusik wird bekanntlich nicht von der Bundesregierung dirigiert. Für Gesetzgebung und Verwaltung ging es um ganz andere Fragen und die Situation ist in keiner Weise mit den von Huber angesprochenen Erfahrungen Verfolgter in der Nazizeit vergleichbar. Die Regierung und ihre Ausländerbeauftragte haben sich gegen Vorurteile und Stimmungsmache gewandt; brüderliches Verhalten zu fordern, richtet sich doch wohl an die Mitchristen und nicht an staatliche Institutionen.

Übrigens: Wieviele Asylanten haben die Herren Huber und Wilm schon bei sich aufgenommen? Sie wohnen doch sicher nicht beengt.

Prof. Huber kommt zu dem Schluß, „die gegenwärtige Regierung hat sich daran gemacht, die Zuordnung von Macht und Moral aufzuheben“. Sein Verdikt stützt sich auf Unterstellungen, Unverständnis politischer Sachzusammenhänge und die Zurechnung jedweden gesellschaftlichen Fehlverhaltens auf das Sündenkonto der Regierung. Präses Wilm spricht von „Entmachtung der Moral durch die Machtergreifung des Mammon“ als sei bei früheren Regierungen die Moral an der Macht gewesen und bei einem Wahlsieg der SPD die Abschaffung des Kapitalismus zu erwarten. Beide stellen Johannes Rau als positive Alternative vor.

Prof. Huber erklärt, er kenne den „brüderlichen Grundzug des Christen Rau“ — für den Mitchristen Helmut Kohl hat er kein gutes Wort. Präses Wilm empfiehlt Rau als Freund und christlichen Mitbruder gegen die 'rechtskonservativen Kreise'.

Rau stehe in der Tradition der Barmer Bekenntnissynode, hebt Huber hervor; das kann man von Helmut Kohl nicht sagen, er ist ja nun einmal katholisch. Mit Rau werde aber „etwas vom Geist der Bergpredigt in die Politik unseres Landes einziehen“, verheißt Huber den Wählern. Da Rau seit zwei Legislaturperioden das Land Nordrhein-Westfalen regiert, müßte dort ja etwas davon zu

## Evangelischer Arbeitskreis



## der CDU/CSU

*Sehr geehrte Herreninnen und Herren des Sonntagsblattes,*

In dieser Zeitung erscheinen seit 3 Wochen aufwendige Anzeigen bekannter Persönlichkeiten aus dem Bereich der Evangelischen Kirche gegen den Bundeskanzler und die von ihm geführte Regierung.

Sowohl der ehemalige Kirchentagspräsident Huber als auch Präses I. R. Wilm betonen, daß sie hohe kirchliche Ämter innehaben oder seinerzeit innehatten. Sie benutzen die dadurch erworbene Autorität und Popularität für eine parteipolitische Kampagne, auch wenn sie dies bestreiten.

Dabei handelt es sich nur vordergründig um politische Voten. In Wirklichkeit wird eine schwärmerische theologische Grundhaltung deutlich, die zu einem Politikverständnis führt, das die Grundlagen unserer Demokratie zerstört: Die grundsätzliche Anerkennung anderer Denkrichtungen und die faire Auseinandersetzung mit ihnen.

Nicht konkrete politische Entscheidungen der Regierung Kohl werden angegriffen. Es wird auch kein Vergleich zwi-

schen unterschiedlichen Konzeptionen vorgenommen. Erst recht werden Lösungsansätze für die politischen Probleme der Gegenwart verweigert. Statt dessen nehmen kirchliche Würdenträger moralische Verurteilungen vor, die in einer bewußten Entstellung und Fehlinterpretation des politischen Gegners gipfeln:

Wer aber dem politischen Konkurrenten in Regierungsverantwortung jede Moral abspricht, ihn in unserer Gesellschaft zur Unperson macht, der schwächt nicht nur bewußt das Ansehen und die Wirksamkeit deutscher Politik, er gefährdet die Grundlagen unserer parlamentarisch-demokratischen Verfassung.

Im gleichen Atemzug reklamieren diese Kirchenmänner einen moralischen Absolutheitsanspruch für sich und den Kanzlerkandidaten der SPD. Dadurch wird nicht nur jede Gemeinsamkeit mit dem politisch Andersdenkenden und dem Mitchristen in Frage gestellt. Vielmehr wird grundsätz-

lich der Anspruch erhoben, allein und schon durch guten Willen eine bessere, ja vollkommene Welt herbeiführen zu können. Hier tritt das theologisch überhöhte moralische Urteil an die Stelle verantwortlichen Handelns in politischen Sachfragen.

Am 25. Januar stimmen wir für Helmut Kohl, nicht weil wir dem politischen Konkurrenten die Moral absprechen, sondern weil Handlungsfähigkeit, klare Konzepte und Sachkompetenz nur mit der Union gesichert sind.

*Albrecht Martin*

Albrecht Martin  
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises  
der CDU/CSU

merken sein. Unterscheidet sich die Landespolitik von der anderer Bundesländer? Spart die Landesregierung in Düsseldorf anders — etwa 'im Geist der Bergpredigt'?

Es ist eine theologische Frage, ob es eine Politik 'im Geiste der Bergpredigt' geben kann; da sei Prof. Huber an seine Fachkollegen verwiesen. Eine politische Frage ist es, ob die SPD die Erwartungen erfüllen kann, die die Kirchenmänner mit der Person von Johannes Rau verbinden. Prof. Huber erklärte sich überzeugt „von den Führungsfähigkeiten des Politikers Rau“, aber dieser hat

nach der Wahl seinen Führungsanspruch aufgegeben.

Präses Wilm riet vor allem den jungen Leuten, sie sollten Rau wählen, weil er die ethischen Herausforderungen der Zukunft kenne, während „**Herr Kohl der Gegenwart verhaftet bleibe**“. Was nun? Johannes Rau ist der Mann von gestern, und Helmut Kohl ist der Bundeskanzler von heute und morgen, für eine weitere Legislaturperiode.

Wie wird es Prof. Huber mit der SPD halten. Er schrieb: „Auch gegenüber der SPD bin ich nicht ohne

Kritik. Ich habe auch früher schon kritische Anfragen an sozialdemokratische Politik vorgebracht, das kann auch in Zukunft so sein“.

Das stand in seiner Wahlempfehlung, die nach einer Erklärung der beiden Chefredakteure des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes eine bezahlte Anzeige der SPD war — ebenso wie die von Präses Wilm, Pastor Albertz und anderer prominenter Theologen.

War das nun die Politik nach der Bergpredigt — oder war es vielmehr eine Politik mit der Bergpredigt?

---

## Die Zwei-Reiche-Lehre — nur ein traditionelles Denkmodell?

Reinhard Wever

---

Die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, spricht von der „Verantwortung vor Gott“. In dieser Verantwortung bleibt „das ganze Deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Diese Verantwortung wahrzunehmen, kann in neuer Aktualisierung die sogenannte ZWEI-REICHE-LEHRE helfen.

Die ZWEI-REICHE-LEHRE ist ein **Denkmodell** für das denkerische und glaubende Wahrnehmen von Gottes Regieren. Gottes Regieren geschieht in doppelter Weise: In jedem von Gott geschenkten Leben geht es um das Miteinander von leiblichem (irdischem, zeitlichem, öffentlichem) Leben im Staat und dem geistlichen Leben in der Kirche. Christen wissen um ihr Leben „im Reich Gottes zur Linken“ und im „Reich Gottes zur Rechten“.

In beiden Bereichen, dem zur Linken und dem zur Rechten weiß sich der an Gott Glaubende unter Gottes Leitung, unter Gottes Regierung.

Gott regiert auf doppelte Weise: Gott erhält die Welt und alles von Ihm Geschaffene in dieser Zeit durch Seine „linke Hand“ (wie Martin Luther — personal denkend — helfend präzisiert). Im „Reich Gottes zur rechten

Hand“ geht es dem entsprechend um die Erlösung der Welt. Gott erhält die Welt — Gott erlöst die Welt.

Im „**Reich Gottes zur rechten Hand**“ ist offenbar: Christus ist der Herr. Er regiert durch das Evangelium, durch Wort und Sakrament. Er regiert dadurch, daß Er denen, die an Ihn glauben, die Vergebung der Sünden und damit die Freiheit der Kinder Gottes bringt. Das Evangelium wird empfangen durch den Glauben, der in der Liebe tätig wird. Damit hat der Glaube in der an Christus gebundenen Liebe immer auch eine sichtbare Seite.

Im „**Reich Gottes zur linken Hand**“ erkennt biblisches Verstehen das „weltliche Regieren Gottes“. In dieses Regieren ist in erstaunlicher Weite alles hineingenommen, was der Erhaltung und der Ordnung zeitlichen Lebens dient: Ehe und Familie, Denken und Forschen, Eigentum, Wirtschaft, Stand und Beruf... und Staat.

Das Glaubensleben des Christen im Bereich seiner Kirche und sein Mitleben im Staat gehören zusammen. Man kann das auch so verstehen: Jeder Christ hat zusammen mit seiner Glaubensexistenz seine politische Existenz. Zusammen mit sei-

nem (positiven) Glaubensverhältnis zu Gott hat der Christ ein (positives) Verhältnis zum Staat, positiv: weil er alles von Gott kommend, in Ihm geboren und zu Ihm hin tendierend weiß. Daß das Verantwortung zu konstruktiver Kritik nicht ausschließt, wird noch zu zeigen sein.

---

### Von den Kirchen zur Neuzeit

---

Die ZWEI-REICHE-LEHRE ist keine neue Lehre, sondern Aktualisierung des Wirkens Gottes. Das kann ein Weg durch die Geschichte verdeutlichen. Je nach Zeitumständen und Gegebenheiten begegnen uns andere Ausdrücke.

Schon das letzte Buch der Bibel, die Offenbarung (Apokalypse), mit dem Zeugnis des Wiederkommens des gekreuzigten und auferstandenen Herrn Jesus Christus kennt (wie die **Apokalyptik** insgesamt) die Unterscheidung zwischen der gegenwärtigen Weltzeit (dem alten Äon) und der zukünftigen Heilszeit (dem eschatologischen, dem neuen Äon). — Der Kirchenvater **Augustin** (354-430) hatte diese — bei ihm nun (apokalyptisch) „Zwei Äonen-Lehre“ genannten Gegebenheiten aktualisiert in der Unterscheidung der civitas Dei

und civitas terrena (der Bürgerschaft unter Gott und der Bürgerschaft in dieser Welt) („De civitate Dei“). — Das Mittelalter kennt durchweg die Unterscheidung „zweier Gewalten“ (potestates), „zweier Schwerter“ (gladii), „zweier Reiche“ (imperia). Dabei ging es (im Mittelalter) in wechselnden Zuordnungsverhältnissen um Kompetenz- und Machtverteilung innerhalb der einen (geistlich-weltlichen) Christenheit als „corpus christianum“.

Personengemeinschaft unter einem Haupt. „Im Reich der Gnade herrscht Christus inmitten der Gemeinde Seiner Jünger. Durch Ihn und in Ihm sind sie ein geistlicher Körper (corpus Christi mysticum)“. Diesem Reich der Gnade steht in bleibendem Widerspiel das andere Reich gegenüber, das Reich der Welt (regnum mundi), wobei „Welt“ die gottentfremdete Menschheit bedeutet.

Erst im **19. Jahrhundert** wurde für Christen infolge der verfassungsmäßigen Trennung von Kirche und Staat wieder die Frage nach der gesellschaftlichen und politischen Stellung und Verantwortung in der Öffentlichkeit neu aufgenommen und aktualisiert. In der großen Rede **Johann Hinrich Wicherns** (1808-1881) in Wittenberg 1848 heißt es: „Es tut eines not, daß die Evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit anerkenne: Die Arbeit der Inneren Mission ist mein! daß sie ein großes Siegel auf die Summe dieser Arbeit setze: Die Liebe gehört mir wie der Glaube. Die rettende Liebe muß ihr das große Werkzeug werden, womit sie die Tatsache des Glaubens erweist“.

Einwände gegen die Zwei-Reiche-Lehre im **20. Jahrhundert** hängen vor allem damit zusammen, daß im säkularisierten Staat Realpolitik anders geübt wird. Realpolitik wird nicht mehr (wie im corpus christianum des Mittelalters) bestimmt von geistlichen und zugleich weltlichen Gesichtspunkten, sondern nun wird Politik vielfach getrieben „nur“ nach weltlichen pragmatischen Gesichtspunkten.

#### Anleitung zur Unterscheidung

Zu **praktischen Fragen** gibt die ZWEI-REICHE-LEHRE Hilfe für je-

#### An Ostern

*So feiern wir das hohe Fest  
mit Herzensfreud und Wonne,  
das uns der Herr scheinen läßt.  
Er ist selber die Sonne,  
der durch seiner Gnaden Glanz  
erleuchtet unsere Herzen ganz;  
der Sünden Nacht ist vergangen.  
Halleluja.*

Martin Luther 1524

den Menschen, „Spannungen auszuhalten“. Zudem kann sich jeder Christ auf geistliche Grundüberlieferungen beziehen: Das geistliche und weltliche Regieren Gottes, Gottes unsichtbares und Gottes sichtbares Handeln bestimmen „die Verantwortung vor Gott“.

Im Wahrnehmen dieser Verantwortung befähigt die Zwei-Reiche-Lehre auch zur Kritik, speziell zu einer Ideologie-Kritik. Das mit der Zwei-Reiche-Lehre eingeübte Unterscheidungsvermögen läßt sich auch anwenden, obwohl einem positivistischen Wirklichkeitsverständnis gegenüber, als auch bei einem Achthaben vor Absolutsetzung inner-weltlicher Gegebenheiten und Forderungen. Anleitung zu solcher Kritik geschieht auf sehr vielfältige Weise durch die ZWEI-REICHE-LEHRE im Licht des Evangeliums von Jesus Christus.

Das biblische Wort, besonders das Evangelium, die frohe Botschaft von Jesus Christus relativiert irdische Werte. Relativieren heißt hier positiv: Alle Werte werden in Beziehung gesetzt, **in Beziehung zu Gottes Wirken**. Gottes vergangene und gegenwärtige Zukunft (im Sinne von „auf uns zukommen“). Die „Verhältnisse“ werden geklärt. Damit gilt für jede politische und öffentliche Entscheidung des Christen (als echte Antwort gelebten Glaubens, als gelebte Verantwortung): Es gehören zusammen: Die Zeitgebundenheit der Situation **und** das antwortende Zugehen auf Gott, das Zugehen auf die Ewigkeit zu. Unter-

Unterscheidung bringt hier für die Gegenwart Klarheit im Durchblick durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Gleichzeitig ist der Christ durch die Zwei-Reiche-Lehre aber auch angeleitet, **Letztes von Vorletztem** zu unterscheiden (nach Dietrich Bonhoeffer).

Unmittelbar auf die Gegenwart bezogen heißt das für uns hier und jetzt konkret: Jeder Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland sieht sich als Staatsbürger **Angebot und Aufgabe** gegenüber: Denn wir leben in einer freiheitlichen Demokratie. Der Staat freiheitlicher Demokratie ist ein Rechtsstaat. Recht ist immer Angebot und Aufgabe.

Die Entwicklung der demokratischen Verfassung ist eng mit der Ausbildung der Menschenrechte verknüpft. Die Menschenrechte sind als Grundrechte in unsere Verfassung, in das Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen.

Christen nehmen als Bürger ihres Staates am demokratischen Prozeß mitverantwortlich und mitbetroffen teil. Der Rat der Evang. Kirche in Deutschland (EKD) hat unter dem Signalwort „Angebot und Aufgabe“ eine **Denkschrift** zu öffentlichen Fragen vorgelegt: „**Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie — Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe**“.

Durch diese Denkschrift sollen Christen „ermutigt werden, sich für das demokratische Gemeinwesen zu engagieren“. Die Denkschrift betont — wie die Präambel des Grundgesetzes — „die Freiheit zur Verantwortung“. — Zu in solcher Weise verantwortlich wahrgenommener Freiheit des Christen gehört auch sein Fragen nach seiner politischen Existenz. Die ZWEI-REICHE-LEHRE hilft durch ihre notwendige Anleitung zur Unterscheidung.

Den Verfassern dieser Denkschrift ging es darum, **das JA zum heutigen Staat**, die „Zustimmung zur freiheitlichen Demokratie zum Ausdruck zu bringen... als Ortsbestimmung evangelischer Christen“. Auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen und angesichts aktueller Herausforderungen wird der Wert einer freiheitlichen demokratischen Verfassung grundlegend anerkannt und bekräftigt.

## Christliche Grundlagen freiheitlicher Demokratie

Die Geschichte der Demokratie ist eng verbunden mit der Geschichte der ZWEI-REICHE-LEHRE und der Entwicklung der demokratischen Parteien.

Christliche Grundlagen sind in der freiheitlichen Demokratie in jeder Partei realisierbar. Es muß allerdings dann geprüft werden, ob das jeweilige Programm dem Wirken Gottes im sichtbaren oder im unsichtbaren Bereich Raum gibt und engagiert gelebten Glauben einbringen läßt. „Alle demokratischen Parteien haben sich bemüht, das Verhältnis unserer Gesellschaft zu den christlichen Kirchen zum Ausdruck zu bringen und ihr politisches Wirken in ein rechtes Verhältnis zum Auftrag der Kirche zu entwickeln“ (Herbert Wehner).

Als Christen verschiedener Konfession sich während des 2. Weltkrieges zusammensetzten bei ihren Überlegungen, wie es weitergehen

sollte, kamen sie überein, daß die bisherige Partei mit christlicher Basis, das „Zentrum“, als Partei auf eine breitere christliche Basis gestellt werden sollte. Die immer wieder erwähnten Grundlagen sollten deutlich als „allgemeinchristlich“ erkennbar werden, darum das (bleibende) „C“ im Namen der Partei. Man versuchte den schwierigen Weg, nicht als „christliche Partei“ sondern als „Partei mit christlichen Grundlagen“ zu beginnen bzw. fortzusetzen: CDU/CSU.

Das „C“ war immer umstritten. Auch hier ging es um ein Zusammensehen und Unterscheiden: Leben in christlicher Glaubensexistenz und Leben in politischer Existenz. Die Frage nach der geistig, geistlich und moralischen Grundlage muß immer neu gestellt und beantwortet werden. Immer neu muß gefragt werden: Was heißt es: Auf christlicher Grundlage Verantwortung zu übernehmen. Die CDU — und mit ihr die CSU — wollen eine dem christlichen Gedankengut verpflichtete politische Kraft sein.

## Auszüge aus dem Grundsatzprogramm der CDU

1. „Die Christliche Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

4. Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen — auch des ungeborenen — sind unantastbar. Die Würde bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen. Wir achten jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person.

11. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß“.

## Ein neuer sozialer Lastenausgleich

Werner Steinjan

Im Wettbewerb kirchlicher Stellen um immer neue Programme zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hat der Sozialausschuß der Evangelischen Kirche von Westfalen „**Anregungen für einen neuen sozialen Lastenausgleich**“ vorgelegt. Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit signalisiere einen „epochalen Umbruch“.

Das, was vorgelegt wird, ist nicht epochal, sondern die Neuauflage alter Beschäftigungsprogramme bis hin zur Begründung. Es soll ein neuer „Ausgleichsarbetsmarkt“ geschaffen werden, der, obwohl er massiv subventioniert werden müßte, auch wieder nicht als 2. Arbeitsmarkt bezeichnet werden soll, es aber natürlich wäre. Es kommt dann viel Bekanntes bis hin zu den neuen Arbeitsplätzen bei der Entwicklung von biologischen Methoden der

Schädlingsbekämpfung. Neu am Ganzen ist lediglich ein organisatorischer Vorschlag; da heißt es: „Um zu verhindern, daß neue Förderungsmöglichkeiten (solcher Programme) lediglich zu einer neuen Subventionskonkurrenz verschiedener Träger führen, sollte in den noch näher zu definierenden Arbeitsmarktregionen jeweils ein 'Regionalwerk' geschaffen werden. Dieses untersucht zusammen mit den Kommunen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und deren Bildungseinrichtungen mögliche Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und bündelt sie zu einem koordinierten Angebot.“ Weiter beteiligt sind die Arbeitsämter, die unterschiedlichsten Kostenträger von der Sozialversicherung bis zum Bund. Herauskommen sollen Beschäftigungspläne und die ja wohl unvermeidlichen Finanzie-

rungspläne. Das Geld für den gesamten Aufwand soll der Bund zur Verfügung stellen. Bei diesem organisatorischen Vorschlag bleibt nur noch die Frage offen, ob da Parkinson grüßen läßt.

Auf einem „Forum zu Vorschlägen des landeskirchlichen Sozialausschusses“ mit Abgeordneten, Vertretern von Institutionen, Verbänden, Arbeitsloseninitiativen und kirchlichen Mitarbeitern ging es dann recht kontrovers zu. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf, Prof. Farthmann, begrüßte zuerst mal das Programm, schüttete dann aber reichlich Wasser in den Wein. Der öffentliche Haushalt sei am Ende seiner Möglichkeiten. Wörtlich sagte er: „Es steht kein warmer Regen in Aussicht. Der Topf ist begrenzt. Durch unseren Landesetat machen wir jedes Jahr Zigtausende arbeits-

los, weil wir kein Geld haben." Der CDU-Landtagsabgeordnete Dreyer war da schon vorsichtiger und sprach sich nur allgemein gegen eine Erhöhung der Staatsquote aus. Man kam auch nach stundenlanger Diskussion zu keiner Einigung – wie immer, wenn gut gemeinte Vorschläge an den harten Fakten zerschellen. Mancher ist dann erbittert. Das ist verständlich; aber es ist auch wenig hilfreich, wenn daraufhin versucht wird (so ein Teilnehmer), jene, die Sacheinwände gegen utopische Entwürfe als Patentlösung haben, als „Schuldige“ anzuprangern und damit zum Aufgeben zu bringen. Es blieb beim Versuch.

**Niemand bestreitet, daß Arbeitslosigkeit eine schwere Last ist**, die zuallererst die Betroffenen tragen. So weit sind sich alle einig – trotz gelegentlicher Diffamierungsversuche. Uneinigkeit besteht in der Beurteilung der Ursachen und der Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit schneller zu senken, als das durch den bevorstehenden Umbruch in der Bevölkerungsentwicklung gesche-

hen wird. Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft – und das geht bis zum seinerzeitigen SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller – sind der Auffassung, daß mit Schwergewicht die Wirtschaft als Basis der Beschäftigung gestärkt werden muß. **Die von der Bundesregierung seit 1983 eingeleitete Konsolidierung ist dazu der richtige, wenn auch steinige Weg.** Zu kritisieren bleibt, daß er nicht konsequent genug beschritten wird.

Die bei der SPD und den Gewerkschaften versammelten Interventionisten meinen dagegen, mit Hilfe von Staatsprogrammen den Weg zur Vollbeschäftigung abkürzen zu können. Dabei wird regelmäßig „übersehen“, daß solche Programme finanziert werden müssen. Mit ebenso schöner Regelmäßigkeit werden zusätzliche Staatsausgaben vorgeschlagen. Ob die dann „Ergänzungsabgabe“ heißen oder „neuer Lastenausgleich“, in jedem Fall nehmen sie Mittel an anderer Stelle weg. Um einen Zweiten Arbeitsmarkt zu subventionieren, wird letztendlich der

Erste Arbeitsmarkt geschwächt. Um ein Loch zu stopfen, reißt man ein anderes auf. Dazu hat soeben erst Karl Schiller in einem Artikel für „Die Zeit“ geschrieben: „In einer Konjunkturabschwächung die direkten Steuern (Ergänzungsabgabe) zu erhöhen, um daraus Beschäftigungsprogramme, unter welcher Firma auch immer, zu finanzieren – nun: Keynes würde sich im Grabe umdrehen.“

Dem braucht man nichts hinzuzufügen. Die Interventionisten werden es ohnehin nicht akzeptieren. Es bleibt aber vielleicht ein Rat für kirchliche Gremien: 1. Sich etwas kritischer mit Neu-Auflagen spätlutherischer Staatsgläubigkeit auseinanderzusetzen. 2. Sich von Arthur Rich, dem Senior der evangelischen Sozialethik, daran erinnern zu lassen, daß **„Sozialethik ohne hinreichende Sachkenntnis jede Legitimität verliert, zur Sache zu reden“**. Das mögen dann wieder einige Pastoren als „harte Prophetie“ bezeichnen. Indes, mit weichen Instrumenten bohrt man keine harten Bretter.

## Kurz notiert

### Katholiken haben leichte Mehrheit.

Im neugebildeten Kabinett sind von den 18 Ministern unter dem Katholiken Helmut Kohl neun katholisch und acht evangelisch. Einer, der neue Bildungsminister Jürgen Möllemann (FDP), macht keine Angaben zur Kirchenzugehörigkeit. In der alten Ministerrunde gab es je neun Katholiken und Protestanten. **Im neuen Kabinett sind von den neun CDU-Ministern fünf katholisch und vier evangelisch.** Die Schwesterpartei CSU hat vier katholische und einen evangelischen Bundesminister. Die FDP-Ministerriege ist bis auf Möllemann rein evangelisch. Konfessionelle Verschiebungen gab es an der Spitze des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das von dem Synodalen der EKD Jürgen Warnke auf den Katholiken Hans Klein übergang. Konfessionell unverändert trotz Ministerwechsel blieben das „evangelische“ Verkehrsministerium (Dollinger – Warnke) und das „katholische“ Innerdeutsche Ministerium (Windelen – Wilms)

Aus den Reihen der Union im neuen



Protestant in der Union, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auf der EAK-Bundestagung in Hannover 1986

Kabinett Kohl sind evangelisch: Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Umweltminister Walter Wallman, Verkehrsminister Jürgen Warnke, Verteidigungsminister Manfred Wörner.

### Von der Kirche wird mehr „fromme Geborgenheit“ erwartet

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Dr. Horst Waffenschmidt**, vertritt die Ansicht, viele evangelische Kirchenmitglieder „wollen mehr fromme Geborgenheit in ihrer Kirche, mehr Zuspruch vom Evangelium her und weniger politische Stellungnahmen“. Die evangelische Kirche müsse sich auf ihre eigentlichen Hauptaufgaben mehr besinnen: Sie solle einladende Gemeinde sein, das Evangelium verkünden, den Menschen grundsätzliche Orientierung und Seelsorge anbieten. Es dürfe keinem Christen gleichgültig sein, wenn viele Menschen ihren Austritt aus der Kirche erklären. Um die Austritte stoppen zu können, müsse man aber deren Ursachen

kennen. Darüber sollte in jeder Kirchengemeinde gesprochen werden. Waffenschmidt, nebenamtliches Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, sprach sich nachdrücklich dafür aus, innerhalb der Landeskirche die politische Konfrontation zu vermeiden: „Wir dürfen in unserer rheinischen Landessynode nicht beschließen, Dienst in der Bundeswehr zu verweigern und Zivildienst zu leisten sei das deutlichere Zeichen für den Frieden als Soldat zu sein.“

Im Blick auf die für 1990 geplante Steuerreform mit Entlastungen von über 40 Milliarden DM für die Steuerzahler meinte der Staatssekretär, die Kirche müsse wie alle anderen ebenfalls sparen. Konkrete Auswirkungen auf die kirchliche Finanzlage durch diese Steuerreform ließen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Auch dürfe man nicht übersehen, daß die Kirche durch Wirtschaftswachstum, Lohnerhöhungen und zusätzliche Beschäftigte auch „beachtliche Mehrein-

nahmen“ habe: „Davon kann und muß sie Vorsorge treffen, um Einnahmeausfälle aufzufangen.“ Der Staat habe die Finanzlage der Kirchen vor Augen und nehme sie sehr ernst, „denn die Kirchen erfüllen entscheidende Aufgaben für das Allgemeinwohl, u.a. im sozialen und kulturellen Bereich“. Bundeskanzler Kohl habe dies beim Treffen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland deutlich gemacht.

---

## Aus unserer Arbeit

---

---

### Zukunft – Hoffnung und Auftrag 7. Bonner Theologisches Gespräch

---

**Bonn.** Bei Fragen der Zukunft sind Christen heute „merkwürdig schweigsam“, obwohl gerade sie dafür kompetent wären. Das meinte der badische Oberkirchenrat **Dieter Walther** (Karlsruhe) auf dem 7. Bonner Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Kritisch wandte er sich vor den Zuhörern, darunter Altbundespräsident **Karl Carstens** und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, gegen eine „oft hoffnungsarm anmutende Verkündigung“ innerhalb der evangelischen Kirche. Er fragte, ob nicht eine Ursache darin liege, „daß wir Grundlagen unseres Glaubens auf dem Altar der Traditionslosigkeit geopfert haben“. Die Armut der Verkündigung werde „geradezu greifbar, wenn sie in den Sog ideologisch begründeter Maxi-

men gerät und ihre Aufgabe vor allem darin sieht, politisches Problembewußtsein zu steigern“. Nach Walthers Ansicht ist die Frage nach der Hoffnung zugleich die Frage nach den Quellen, aus denen ein Mensch lebt. Die Parole „No future“ (keine Zukunft) bezeichnete er als „Bankrotterklärung menschlicher Existenz“, da die Hoffnung ein Wesensmerkmal des Menschen sei.

Er rief dazu auf, im Vertrauen auf Gott, den „zukünftigen Herrn“, die gegenwärtigen Probleme nüchtern anzugehen und zu lernen, was die Botschaft des Evangeliums „für uns heute bedeuten kann in einer Welt, der die Untergangspropheten scheinbar wissenschaftlich begründet das Ende ansagen“.

Der Text des Vortrages kann in der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn angefordert werden.

---

### Bezirksvorstand informiert sich in evangelischer Stiftung

---

**Remscheid.** In der Evangelischen Nervenklinik „Stiftung Tannenhof“ in Remscheid-Lütringhausen hielt in der vergangenen Woche der neugegründete Bezirksverband „Bergisches Land“ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU seine erste ordentliche Vorstandssitzung ab.

Unter der Leitung ihres Vorsitzenden **Dr. Hans Horn** aus Waldbröl waren die Mitglieder des Vorstandes aus den Städten und Kreisen des Bergischen Landes in Remscheid zusammengekommen. Mit der Wahl dieses Tagungsortes wollten die im Arbeitskreis zusammengeschlossenen evangelischen Kommunal- und Landespolitiker ihre enge Verbundenheit zu den Einrichtungen der Kirche und den dort arbeitenden Menschen zum Ausdruck bringen.

Unter fachkundiger Führung des Vorstandsmitgliedes der Stiftung, **Paul Mukkel**, besichtigte man zahlreiche Gebäude im weitläufigen Areal, das aus bescheidenen Anfängen im Jahre 1896 heraus, heute zu einer Großeinrichtung geworden ist, in der sich fast 800 Ärzte, Pfleger und Betreuer, sowie zahlreiche Schüler und Angestellte um die bis zu 850 kranken und alten Menschen kümmern.

Hervorragende medizinische Betreuung in den Psychiatrischen Kliniken und im Haus der Neurologie helfen den Patienten ebenso, wie der Aufenthalt in der schönen, parkähnlichen Landschaft der Klinik, zu Gesundheit und Aktivität zurückzufinden.

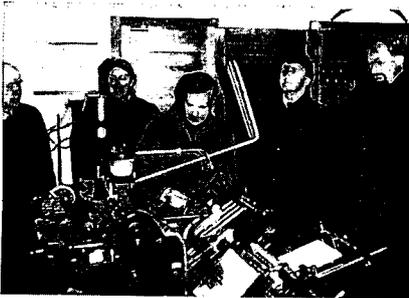
Ein weites Arbeitsfeld, ist im „Tannenhof“ der Bereich der altersbedingten Krankheiten, für die in der Gerontopsychiatrie über 300 Plätze für die stationäre Behandlung bereitstehen.



v. li.: EAK-Bundesgeschäftsführer Erhard Hackler, Prof. Dieter Walther, Altbundespräsident Prof. Karl Carstens, Staatsminister Albrecht Martin, Peter Höffkes, MdB.

Besonders beeindruckt zeigten sich die CDU-Politiker aus dem Bergischen Raum über das weite Einzugsgebiet der Stiftung, und den zusätzlichen Dienst der Klinik, bei der mit Bussen täglich kranke oder verwirrte ältere Menschen aus dem gesamten Bereich abgeholt und abends wieder zu ihren Familien zurückgebracht werden. So ist der Verbleib in der Familie, zusammen mit der optimalen Versorgung der Menschen in glücklicher Weise verbunden.

Hervorragend sind auch die Rehabilitations- und Trainingsräume der Stif-



v. li.: Dr. Hans Horn, Gräfin v. Schlieben, Paul Muckel, Wolfgang Baumann, K.-H. Humpert

tung, durch die die Möglichkeiten der Wiedereingliederung der Kranken in das normale Leben sehr zahlreich werden.

Den Besuch der „Bergischen“ benutzte der Evangelische Arbeitskreis der Remscheider CDU, durch seinen Vorsitzenden **Karl-Heinz Humpert** eine Spende zu überreichen, die Mitglieder des Arbeitskreises auf dem Weihnachtsmarkt der Stadtkirchengemeinde „verdient“ hatten.

In der anschließenden Vorstandssitzung des EAK Bergisches Land klang das Gehörte und Gesehene noch nach und die Teilnehmer nahmen ein beeindruckendes Bild der Bergischen Klinik mit nach Hause.

#### Unsere Autoren:

Dr. Achim Remde  
Dürenstr. 1  
5300 Bonn 2

Helmut Matthies  
Idea  
Moritz-Hensoldt-Str. 22  
6330 Wetzlar

Hans-H. Schneider  
Königswinterer Str. 156  
5300 Bonn 3

Dr. Reinhard Wever  
Gartenstr. 4  
7517 Waldbrunn 1

Werner Steinjan  
Schüllerweg 10  
5300 Bonn 1

#### Neuer Kreisvorstand

**Starnberg.** Der evangelische Arbeitskreis im Kreis Starnberg hat auf seiner jüngsten Versammlung unter Leitung des Bezirksvorsitzenden **Heinz Broschell** einen neuen Kreisvorstand gewählt. Der neue Vorsitzende ist Rechtsanwalt **Rolf-Jürgen Picker**, Tulpenweg 1, 8130 Starnberg. Als seine Stellvertreter werden **Günther Eitellis**, Gilching und **Erhard Jaguttis**, Starnberg arbeiten. Zu Beisitzern wurden **Karin Heyder**, Tutzing, sowie **Joachim-Hans Freiherr von Reibnitz**, Wörthsee, und **Dr. Henning Freiherr von Stralenheim**, Starnberg, gewählt.

#### Neugründung im Kreis Schaumburg

Im CDU-Kreisverband Schaumburg wurde ein Evangelischer Arbeitskreis ins Leben gerufen. Dem vorläufigen Vorstandsgremium gehören **Johannes Speck**, **Karlheinz Bruns**, **Marita Kirchner** und **Burkhardt Witte** an.

#### Zeichen setzen!

**Pinneberg.** „Christlich“ muß innerhalb der CDU wieder eine stärkere Rolle spielen. Dies ist eine der wesentlichen Forderungen, die jetzt im Rahmen eines Diskussionsabends des Pinneberger Evangelischen Arbeitskreises der CDU gestellt wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade führende Christdemokraten eine Vorbildfunktion haben, die sie stärker zu erkennen geben müßten.

Während der regen Diskussion unter den 35 Teilnehmern der Veranstaltung zeigte sich, daß die Frage nach dem Selbstverständnis der CDU außerordentlich aktuell ist. Allgemein sei wieder mehr christliche Orientierung in unserem Alltag gefragt. Gerade deshalb sei es aber auch wichtig, daß in der CDU Nicht-Mitglieder zu Wort kommen. Die Politiker müßten wieder in der Lage sein, aufzunehmen, was Menschen bewegt und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, forderten einige der Diskussionsteilnehmer.

Der EAK-Kreisvorsitzende **Hans Bleckmann** hatte die „aus den Fugen geratene innerparteiliche politische Kultur“ in Pinneberg zum Anlaß für diese Diskussionsveranstaltung genommen. Das Problem ist seiner Meinung nach die zunehmende Entfremdung zur Kirche. „Wir Menschen versetzen uns heute in den Glauben, als sei alles durch uns und durch Politik machbar, doch können wir wirklich Probleme bewältigen?“ fragte er zu Beginn der EAK-Veranstaltung. Bleckmann warnte: „Wenn wir unsere Grenzen nicht eingestehen, hat das einen Glaubwürdigkeitsverlust zur Folge, und

das Ansehen der Partei nimmt Schaden.“ Denn, warum gelinge es denn der Politik nicht, die Probleme der Landwirtschaft zu lösen, die Umwelt schadlos zu halten, den Hunger in der Welt zu beseitigen und viele andere Probleme zu lösen?

Die Schwierigkeiten mit den Fragen unserer Zeit zeigten sich, so Bleckmann, auch darin, daß die Diskussion über politische Themen zunehmend in einer Atmosphäre ununterbrochener Aufregtheit stattfinden. „Es gibt kein Problem, das gelassen diskutiert wird. Die Themen wechseln mit rasanter Schnelligkeit, und nirgendwo wird sichtbar, daß uns diese Aufregungen weiterbringen“, erklärte der Pinneberger EAK-Vorsitzende.

Er sieht deshalb viel Raum für aufbauendes Arbeiten im EAK der CDU im Kreis Pinneberg. Der EAK werde Zeichen setzen. „Unsere Verantwortung liegt in der Wahrnehmung der Vorbildfunktion“, erklärte er abschließend.

#### Politik aktiv mitgestalten

**Tuningen.** Die Denkschrift der EKD „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie — Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ fordert die Christen auf, aktiv im demokratischen Rechtsstaat mitzuarbeiten. Dies wurde während eines Vortrages des Geschäftsführenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Dr. Michael Feist**, in Tuningen deutlich.

Die Evangelische Kirche stehe in ihrer Denkschrift voll und ganz zum Staat des Grundgesetzes, sagte Feist in seinem Vortrag „Als Christ im Staat des Grundgesetzes — der Evangelische Arbeitskreis und die neue Denkschrift der EKD“.

Die Denkschrift behandelt die Demokratie im evangelischen Verständnis. Die evangelischen Christen stimmten der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkenne und achte. Die Denkschrift behandle auch die Demokratie vor den Herausforderungen der Gegenwart, wie zum Beispiel der Kernenergie oder der Rüstung. **Dr. Michael Feist** meinte dazu, daß die Denkschrift zwar diese Probleme anschneide, aber keine Patentlösungen anbiete. Das sei auch gut, denn „es ist nicht Aufgabe der Kirche, aktive Politik zu machen“.

Während der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, daß gerade evangelische Christen von der Politik nichts wissen wollten.

#### „Auftreten statt austreten“

**Duisburg.** Die Weichen für die Arbeit der kommenden zwei Jahre stellten die Mitglieder des EAK Duisburg auf ihrer

## Zitat

*Wir müssen die Grünen und Alternativen auch in den kommunalen Parlamenten offensiv stellen. Ich bin nicht der Meinung, daß man diese Leute einfach reden lassen soll, um sich dann nur an der Abstimmung zu beteiligen. Wir dürfen nicht nur Abstimmungen gewinnen, sondern wir müssen auch die Debatten gewinnen. Unsere Leute müssen also über den kommunalen Bereich hinaus politisch denken, müssen sich durchaus inhaltlich mit diesen Ideologien beschäftigen, müssen auch den Wählern aufzeigen, wohin es führen kann, wenn man solche Ideologen Politik machen lassen würde. Und wir müssen auch zu einer noch wirkungsvolleren und stärkeren Öffentlichkeitsarbeit kommen.*

(Erwin Teufel, Kommunalpolitische Blätter, 5. 3. 1987)

diesjährigen Jahreshauptversammlung. Sowohl Kreisvorsitzender **Reiner A. Terhorst** als auch sein Stellvertreter **Jürgen Quensell** wurden mit über 96 Prozent der abgegebenen Stimmen für eine mittlerweile vierte zweijährige Amtsperiode wiedergewählt. Eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt wurde auch Geschäftsführer **Jörg Haverkamp**. Zu Beisitzern wählte die Versammlung Pfarrer **Horst Wehrich**, **Ursula Kulik**, **Gisela Haarmann**, **Joachim Schneider**, **Dr. Hermann Münich**, **Irmgard Wiese**, **Andreas Wiese** und **Günther Dietz**.

In seinem Jahresbericht ging der EAK-Kreisvorsitzende Reiner A. Terhorst auf die vielfältigen Aktivitäten des EAK ein, der mit über 1000 Mitgliedern zu den großen Gliederungen der CDU Duisburg zählt. Insbesondere die Duisburger Gespräche – inzwischen siebenmal durchgeführt – hätten nicht nur innerparteilich Resonanz erzielt und sollen in gewohnter Form fortgesetzt werden. Als nächste Themen will sich der EAK politischen Grundsatzfragen, dem Westdeutschen Rundfunk, der Diakonie, den Menschenrechten und dem Zivildienst widmen, kündigte Terhorst an. Zudem regte der Vorsitzende kontinuierliche Gespräche mit den Synodalvorständen an und meinte wörtlich: „Auch wenn es Unterschiede zu politischen Fragen gibt, darf das Tischtuch zwischen Christen nicht zerschnitten werden!“ Allerdings stellte Terhorst auch klar: „Will die Volkskirche eine solche bleiben, nimmt sie sich selbst ernst als Heimstatt aller Christen, dann darf die Kanzel kein Ort politischer Propaganda werden!“ Für Christdemokraten gelte nach wie vor die Devise „Auftreten statt Austreten“, wenn es um das Verhältnis zur evangelischen Kirche gehe. Der Evangelische Arbeitskreis sei in der Union stets ein Ort des geistigen Aufbruchs gewesen.

Zuvor hatte der CDU-Kreis- und Fraktionsvorsitzende **Karl van Hall**, MdL, in einem Grußwort dem EAK Duisburg gute Arbeit bescheinigt. Zum Verhältnis Kirche und CDU meinte van Hall: „Wir als CDU sind nicht gegen eine politische Kirche, wohl aber gegen eine politisierende Kirche und erst recht gegen eine einseitige parteipolitische Kirche“. Der CDU-Kreisvorsitzende zitierte in diesem Zusammenhang den früheren Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber, der es als „Irrsinn“ bezeichnete, „wenn ein Pfarrer versucht, seine ganze Gemeinde von der Kanzel aus auf eine einheitliche politische Linie zu bekommen.“

Die Jahreshauptversammlung des EAK Duisburg war geprägt von engagierten Diskussionen über Jahresbericht, Grußwort des CDU-Vorsitzenden und ein Kurzreferat des Rheinhauser Pfarrers Horst Wehrich zum Thema „Was wird aus der Kirche? – Neue Wege zu einer Kirche von morgen!“.

### Wer arbeitet mit?

**Karlsruhe.** Der EAK Baden hat drei weitere Arbeitsgruppen gebildet. Neben einer theologischen Arbeitsgruppe, die seit über zwei Jahren besteht, beraten seit Herbst 1986 neue Arbeitsgruppen den Landesvorstand des EAK Baden in grundsätzlichen Fragen. Dies sind:

1. Arbeitsgruppe „Kirche und Politik“ mit Sitz in Freiburg. Leitung: Pfarrer **Dr. Becker**, St. Blasien. Derzeitiger Schwerpunkt: Amt und Politik.

2. Arbeitsgruppe „Innerer und äußerer Friede“ mit Sitz in Heidelberg. Leitung: Frau **Dr. von Baeyer-Katte**, Heidelberg. Derzeitiger Schwerpunkt: Innerer Friede.

3. Arbeitsgruppe „Politik und Sozialethik“ mit Sitz in Karlsruhe. Leitung: Rechtsanwalt **Wolff**, Karlsruhe. Derzeitiger Schwerpunkt: Arbeit aus biblischer Sicht, Arbeitslosigkeit.

Alle drei Arbeitsgruppen sind an weiteren Gesprächspartnern interessiert und laden zur Teilnahme ein. Dies gilt auch für eine

4. Arbeitsgruppe, die das geplante „Theologische Abendgespräch“ in Karlsruhe vorbereiten soll.

Wer sich für die Arbeitsgruppen interessiert, wende sich an Herrn **Dr. Michael Feist**, Kolberger Straße 19a, 7500 Karlsruhe.

### Sterbehilfe

**Hannover.** Wie groß das Interesse für das Thema „Sterbehilfe – Barmherzigkeit oder Mord“ ist, zeigte sich bei einer Veranstaltung des EAK, Hannover-Stadt. Gewiß hatten sich viele der ca. 140 Teil-

nehmer die Frage gestellt: „Was kann man tun, wenn ein sehr kranker oder sehr alter Mensch sich so am Leben quält, daß er sterben möchte“. Pastor **W. Boltenhagen**, Vorsteher des Friederikenstiftes, Prof. **Dr. C. Vorster**, Chefarzt der Allg.-Chirurg. Klinik des Friederikenstiftes und Assessor **R. Pätzold**, Verwaltungsdirektor des Annastiftes versuchten, eine grundsätzliche Stellungnahme zum Thema zu geben und Beispiele aus ihrer praktischen Berufs- und Lebenserfahrung zu zeigen.

Wie sehr quält sich der in Gewissensnöten befindliche Mensch im Angesicht einer Konfliktsituation, die – wie auch immer er entscheidet – ihn in Schuld stürzt und dem anderen Schaden zufügen kann. Hier sei das Beispiel des Arztes zitiert: Ein 80jähriger krebskranker Patient kann noch einige Monate mit erträglichen Schmerzen leben, möchte dann doch operiert werden und kann dabei sterben. In einem solchen Moment, so sagte Pastor Boltenhagen, gelte es Luthers „Pecca fortiter“ wahrzunehmen, dieses „Sündige tapfer“ ruft uns zu einer Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen auf in dem Bewußtsein, daß wir unser Schuldigwerden unter Gottes Vergebung stellen können.

Die zögernd wahrgenommene Diskussion zeigte, wie schwer es ist, von so persönlichen Erleben und intimen Fragestellungen vor einem großen Kreis Menschen zu sprechen. Zwar wird man die in einsamer Gewissensnot zu fällende Entscheidung nicht vorwegnehmen und ethisch normieren können, doch sollte man die Vorbereitung auf Sterbehilfe im allgemeinen Bewußtsein der Menschen so weit wie möglich vorantreiben und immer bessere praktische Möglichkeiten für ihre Realisierung suchen.

## Zur Diskussion gestellt:

**Bibel oder Babylon –  
Heilserwartungen unserer Zeit**

In diesen Wochen werden von allen Seiten Lebensprogramme und neue Heilswege angeboten. Auf der letzten Internationalen Frankfurter Buchmesse erschienen zum Thema Geistesheilungen, Astrologie, Magie, religiöse Spiritualität über 12000 Bücher auf dem Markt. Insbesondere waren es die Werke Capras (Wendzeit) und Endes (Momo, Die unendliche Geschichte), die Millionen von Lesern mit den Prinzipien der Esoterik bekannt machen. Daneben bieten eine Vielzahl esoterisch-spirituelle Gesellschaften übersinnliche Erfahrungen mit einem Überbewußtsein an in Seminaren und Festveranstaltungen nach dem Muster von Esalen in Florida.

Es hat den Anschein, als ob der Glaube an den geoffenbarten Gott der größeren

Macht des Bewußtseins gewichen ist und daß sich immer mehr Menschen der westlichen Länder ihr Dasein ohne die Orientierung, den Hoffungsgehalt und den Trost der bislang durch die Kirchen überlieferten und vermittelten Religion erklären können.

Ohne Zweifel: man steht vor einem Phänomen okkulten Weltanschauung mit einer neuen Heilserwartung, die sich völlig von dem unterscheidet, was Christen in der Bibel verheißen ist. Es scheint, als ob durch die Hintertür der babylonische Schicksalsglaube wieder hereinkommt. Gott zu denken als Inbegriff kosmischer Evolution reicht dicht an die Astralreligion

der Babylonier heran. Der moderne Lockruf heißt: „Erkenne dein höheres Selbst“ und es fällt nicht leicht, in der Grauzone der neuen Spiritualität die Geister zu scheiden.

Kirche und Christenheit sollten auf alle Konzepte einer Umpolung christlicher Werte hellwach reagieren, eingedenk der Worte ihres Herrn: „Denn es werden falsche Christusse und falsche Propheten aufstehen und werden große Zeichen und Wunder tun, so daß sie, wenn es möglich wäre, auch die Auserwählten verführen“.

(Matth. 24)

Inmitten der gegenwärtigen Diffusion gilt es als Kirche die eigene Kontur zu

wahren, ohne ängstliche Abgrenzung, aber mit dem Mut zur eigenen Sache. Es gibt für Christen kein Konkurrieren mit den modernen Programmen religiöser Selbsterlösung (New Age-Programme). Sie haben vielmehr gerade heute die Erinnerung daran wachzuhalten, daß der Mensch das Wesen ist, das zu einem gelingenden Leben der Gnade bedarf — und daß dessen größte Vollkommenheit seine Unvollkommenheit ist: nämlich Gott zu bedürfen. —

Dr. Wilhelm Busch  
Goethestr. 23  
6120 Michelstadt

## Buchbesprechungen

### Auf- gestanden gegen den Tod



Burckhardt-Laetare Verlag

**Brigitte und Volker Kahl (Hrsg.) Aufgestanden gegen den Tod, eine ökumenische Oster-Anthologie, ca. 240 Seiten, Hardcover, mit Abb., Burckhardt-Laetare Verlag.**

Ostern — das ist in der Bibel die Geschehnisabfolge von Kreuzigung und Auferweckung des Menschen Jesus von

Nazareth, der den Tod am Kreuz starb und am dritten Tag auferstand.

Auferstehung feiern heißt selbst aufbrechen — aufbrechen aus Gleichgültigkeit, Angst, Selbstbezogenheit, Verzweiflung und Resignation. Auferstehung feiern heißt auch aufstehen aus dem Bannkreis des Todes, den Jesus Christus gesprengt hat, und aus dem er uns vorangeht „bis an das Ende der Erde“. So ist Ostern ein die ganze Welt betreffendes Ereignis.

Ökumenische Ostertexte sind Botschaften des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung — des Sieges auch über jenen Tod, der uns gegenwärtig mehr bedroht als jeder andere: sie sind Botschaften der Hoffnung des Sieges über den Tod von Hiroshima und über den Tod, der in Lateinamerika, Afrika und Asien Realität ist — den Hungertod, den Tod der zu Aussätzigen Gestempelten. Die Beiträge dieser Sammlungen offenbaren neben Visionen des Grauens deshalb auch Visionen der Liebe und der Hoffnung.

Durch den Tod, der den Tod besiegt hat, wie es im Osterhymnus der orthodoxen Kirche heißt, werden wir selbst mit hineingezogen in den weltweiten, immer beim einzelnen beginnenden, aber nicht bei ihm stehengebliebenen Aufbruch des Lebens gegen den Tod.

**Peter H. Blaschke (Hrsg.): Domini sumus. Wir sind des Herrn. 30 Jahre Militärseelsorgevertrag.**

**Herausgegeben vom Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr.**

In diesem Buch wird eine Bilanz versucht: Was haben die dreißig Jahre evangelischer Militärseelsorge bedeutet? Im ersten Kapitel stellt Erwin Wilkens den Weg dar bis zum Abschluß des Vertrages über die Militärseelsorge. Im nächsten Kapitel kommen als Zeitzeugen die Männer der ersten Stunde zu Wort, darunter Militärbischof Kunst, General de Maizière und Verteidigungsminister Strauß. In einem dritten Kapitel werden die theologischen Grundlagen der evangelischen Militärseelsorge erarbeitet durch Betrachtungen und Bibelstellen, in denen Soldaten eine Rolle spielen. Und schließlich wird eine Bestandsaufnahme über die Militärseelsorge heute versucht von verschiedenen Ansätzen her mit verschiedenen Autoren, darunter Militärbischof Binder und Militärgeneraldekan Gramm. In einem Anhang werden wichtige Dokumente angeboten. Wie die Militärseelsorge selbst so ist auch dieses Buch in allen seinen Einzeltexten an dem Heidelberger Komplementaritätsmodell orientiert. Und es wird daran erinnert, daß es Militärbischof Kunst war, der eine unabhängige Kommission an die Arbeit brachte, die dann jene Thesen von Heidelberg erarbeitete.

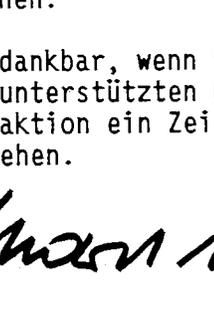
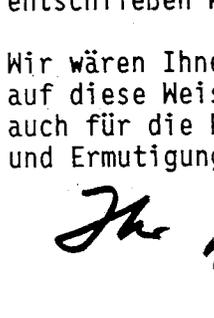
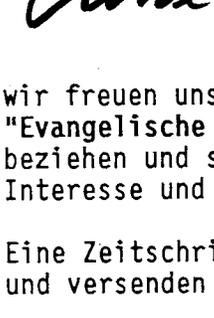
EAK Baden lädt ein zum **1. Theologischen Abendgespräch** in Karlsruhe

Bei der Eröffnungsveranstaltung einer neuen Reihe für Pfarrer, Kirchenälteste und kirchliche Mitarbeiter spricht der frühere Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Professor Dr. Theodor Schober**.

Das Thema des Abends lautet: „**Kirchliches Handeln im Widerstreit - Maßstäbe christlicher Verantwortung**“.

Die Veranstaltung findet statt am Montag, dem 25. Mai 1987, um 19.30 Uhr im Heinz-Schuchmann-Haus, Karlsruhe-Rintheim, Heilbronner Straße.

Anmeldung (ist erwünscht, aber nicht erforderlich) an: Dr. Michael Feist, Kolberger Str. 19 a, 7500 Karlsruhe



*Liebe Leser,*

wir freuen uns, daß Sie unsere "Evangelische Verantwortung" beziehen und sie hoffentlich mit Interesse und Aufmerksamkeit lesen.

Eine Zeitschrift gestalten, drucken und versenden kostet Geld, sogar viel Geld!

Daher unsere herzliche Bitte: prüfen Sie, ob Ihnen die "EV" eine Spende wert ist, oder ob Sie sich zu einem bezahlten Abonnement entschließen können.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Arbeit auf diese Weise unterstützten und würden darin auch für die Redaktion ein Zeichen der Bestätigung und Ermutigung sehen.

*The Union Mark*

Konto: EAK - Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267